

**Amnesty International USA**

## Die humanitäre Krise, der Terrorismus und die Sicherheitskräfte Kameruns

**Wie die Regierung Biya die Welt glauben lassen will, dass die Krise ein Produkt von Terrorismus sei**

Von Alagie Jammeh, 2020 Almami Cyllah Fellow

In den letzten Jahren haben immer mehr autoritäre Regierungen den Begriff Terrorismus neu definiert. Terrorismus ist nach dieser Definition jede Form von politischem Dissens, objektivem Journalismus und dem Recht jeder Person die eigene Regierung zu kritisieren. Genau das passiert gerade in Kamerun.

Fast 700.000 Menschen wurden vertrieben, 3,9 Millionen brauchen humanitäre Hilfe und viele Tausend wurden in Kamerun infolge von drei Krisen getötet: 1. der Aufstand der bewaffneten Gruppe Boko Haram, 2. der sich verschärfende Konflikt zwischen der Regierung und bewaffneten Separatisten, die mehr Freiheiten und Autonomie fordern, und 3. die Kultur der Straflosigkeit, die von der 38-jährigen Regierung des kamerunischen Präsidenten Paul Biya geschaffen wurde.

In all diesen Krisen waren die kamerunischen Sicherheitskräfte für ungeheure, systematische Menschenrechtsverletzungen verantwortlich, darunter Folter, außergerichtliche Hinrichtungen und willkürliche Inhaftierungen. Im hohen Norden zerstörten Sicherheitskräfte im Rahmen der Aufstandsbekämpfung gegen Boko Haram ganze Dörfer und ihre Lebensgrundlagen, sie verübten außergerichtliche Hinrichtungen, Folter und willkürliche Inhaftierungen. In den anglophonen Regionen Südwest und Nordwest begingen kamerunische Sicherheitskräfte ungeheure und systematische Menschenrechtsverletzungen, darunter rechtswidrige Tötungen, Zerstörung von Privateigentum, willkürliche Verhaftungen und Folter. Ebenso wurden Personen willkürlich festgenommen, weil sie ihr Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung ausgeübt hatten. Präsident Biya hat die Sicherheitskräfte eingesetzt, um jede Form von politischem Widerspruch zu unterdrücken und er hat ein Gesetz zur Terrorismusbekämpfung erlassen, um seine Taten zu rechtfertigen und seine Sicherheitskräfte vor Rechenschaftspflicht zu schützen. Dabei erhält er weiterhin militärische Hilfe und Zusammenarbeit von westlichen Regierungen und Nachbarländern wie Nigeria.

Gegen Ende des Jahres 2020 werden die Menschen in Kamerun mit einer sich 2021 weiter verschärfenden humanitären Krise konfrontiert sein. Die Zahl der Menschen, die dringend Hilfe benötigen, ist seit Beginn der COVID-19-Pandemie von 3,9 Millionen Anfang 2020 auf jetzt 6,2 Millionen gestiegen. Die Regierung wendet in den anglophonen Regionen die gleiche Taktik an wie gegen Boko Haram im hohen Norden, die Menschen vertrieben und die Ernährungssicherheit verschlechtert hat. Die internationale Gemeinschaft muss die Regierung und die bewaffneten Separatistengruppen dazu drängen, die Menschenrechte zu respektieren und ungehinderte humanitäre Hilfe zuzulassen Zugriff. Die Verbündeten Kameruns müssen ihre militärische Unterstützung für die Regierung von Biya ruhen lassen, bis eine unabhängige, glaubwürdige Untersuchung durchgeführt werden kann und

diejenigen, die für Missbrauch verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Militärische Hilfe sollte von der Einstellung dieser Missbräuche abhängig gemacht werden.

Derzeit ist im US-Senat eine Resolution der Senatoren Risch und Cardin (S. Res. 684) anhängig, mit der versucht wird, einige dieser Probleme in Kamerun anzugehen. Diese EntschlieÙung befasst sich nicht mit der Krise im hohen Norden, ist jedoch ein Aufbruch in die richtige Richtung zu Rechenschaft und verantwortlichem Regierungshandeln in Kamerun.

Weitere Berichte Amnesty International zu Kamerun :

<https://amnestyusa.medium.com/the-humanitarian-crisis-terrorism-and-camerouns-security-forces-the-crisis-the-biya-government-ec04e9d17e3b>

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr17/6536/2017/en/>

<https://www.amnesty.org/en/documents/afr17/8481/2018/en/#:~:text=Armed%20Groups-Cameroon%3A%20A%20turn%20for%20the%20worse%3A%20Violence%20and%20human,ri%20rights%20violations%20in%20Anglophone%20Cameroon&text=It%20also%20documents%20how%20armed,incl%20uding%20schools%2C%20and%20ordinary%20people>